

BZ v. 23.01.2006

NIEDERSACHSEN UND DI:

„Datenschutz nur noch ein lästiges Bürgerrecht“

Opposition will heute eigenen Vorschlag vorlegen

Von Michael Ahlers

HANNOVER. Speichern von Telefonnummern, Zugriff auf Mautinformationen, Datensammelwut zur WM – Niedersachsens Datenschutzbeauftragter hat ein volles Programm.

Doch weil die Landesregierung die Kompetenzen beschnitten hat, tritt Burckhard Nedden vorzeitig ab. „Im Bereich innere Sicherheit macht uns kein Bundesland mehr etwas vor“, so Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) jüngst beim Parteitag in Hannover. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) saß in der ersten Reihe – und lächelte zufrieden.

Die Oppositionsfractionen SPD und Grüne beklagen jedoch ein Aushöhlen des Datenschutzes im Land. „Der Datenschutz ist für den Innenminister offenbar ein ausgesprochen lästiges Bürgerrecht“, sagt der Grünen-Abgeordnete Hans-Albert Lennartz.

Die übliche Oppositionslyrik? Nedden, seit 1999 im Amt, sieht den Fall mittlerweile wohl ähnlich. Dabei ist er Konflikte gewohnt. Schon zu SPD-Regierungszeiten war SPD-Mitglied Nedden mit dem damaligen Innenminister Heiner Bartling vor

allem wegen der Rasterfahndung hart aneinander geraten. Unter der Regierung Wulff hagelte es dann Forderungen nach Terror-Dateien bis hin zur Video-Überwachung.

Das Fass zum Überlaufen brachte aber erst der Entschluss, dem Datenschutzbeauftragten seine Zuständigkeit für die Privatwirtschaft zu entziehen. Diese liegt seit Januar beim Innenministerium.

Fachleute rechnen damit, dass der Europäische Gerichtshof diese Praxis kippen wird. Denn nach EU-Auffassung ist unabhängiger Datenschutz so noch weniger gegeben. Auch die Landtagsjuristen warnten. Statt im Mai 2007 geht Nedden wegen dieser Entmachtung schon zum 1. April dieses Jahres.

Im Landtag wollen SPD und Grüne heute mit eigenen Gesetzentwürfen für den Datenschutz streiten. Die Koalition, inklusive FDP, stört sich bislang wenig an der Debatte – und an einer drohenden Verurteilung Deutschlands in Straßburg. „Da sieht man doch, wie weltfremd in der EU Politik gemacht wird“, heißt es. Statt dessen will das Land laut Innenministerium den Datenschutz „effektiver“ organisieren – auch dadurch, dass die Stelle des Datenschutzbeauftragten künftig niedriger besoldet wird.